

## Nachruf für unseren Polizeiseelsorger a. D. Andreas Schorlemmer

Am 5. Juli 2019 ist nach langer schwerer Krankheit unser Freund und ehemaliger Polizeiseelsorger verstorben.



Erst am 23. April feiert er seinen 70. Geburtstag.

In einem feierlichen Gottesdienst am 15. Januar 2015 in der Schlosskirche in Schwerin, wurde der evangelische Polizeiseelsorger Andreas Schorlemmer durch Herrn Bischof Dr. Andreas von Maltzahn aus der Polizei- und Notfallseelsorge entpflichtet und in den Ruhestand verabschiedet.

Von 1975 bis 1998 war Andreas Schorlemmer Gemeindepastor in Groß Kiesow. Seit 1998 hat er als Beauftragter der Pommerischen Evangelischen Kirche und der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs die Polizei- und Notfallseelsorge aufgebaut. Zu vielen bewegenden Einsätzen wurde der Seelsorger gerufen und immer war er in schweren Stunden auch bei den Einsatzkräften von Polizei und Feuerwehr.

Besonders sind dem Seelsorger die Ereignisse des Horror-Unfalls auf der A 19 bei Kavelstorf mit acht Toten und das bei Kap Arkona verschüttete zehnjährige Mädchen, das nur noch tot geborgen werden konnte, in Erinnerung geblieben.

In einem Buch hat der Pfarrer seine Erlebnisse mit Tod, Elend und Tränen niedergeschrieben.

Nun müssen wir um Andreas Schorlemmer trauern.

***Wir werden sein Andenken  
in Ehren bewahren.***



> Andreas Schorlemmer und Olaf Knöpken auf einer gemeinsamen Veranstaltung

## Info zur Besoldungsanpassung

*Liebe Kolleginnen  
und Kollegen,*

**Impressum:**  
Landesgeschäftsstelle  
Hollstraße 13  
18273 Güstrow,  
Tel.: 03843.682301  
Fax: 03843.682303  
www.dpolg-mv.de  
V.i.S.d.P.: Olaf Knöpken

da in der letzten Zeit Zweifel an der Abarbeitung des „Fahrplans“ zur Besoldungsanpassung 2019 aufkeimten, hat der dbb Landeschef Dietmar Knecht die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig mit dem Tenor angeschrieben, dass wir von der Einhaltung der Absprachen mit dem Finanzministerium ausgehen, egal wo im Zuge der zurückliegenden Kabinettsbeschlüsse für eine zukunftsfähige Landesverwal-

tung der Bereich Besoldung und Versorgung beheimatet wird.

Das heißt, dass wir bis zum 19. Juli 2019 eine Stellungnahme zum Entwurf abgegeben haben, damit sich nach der Sommerpause der Landtag im September erstmals mit der Besoldungsanpassung befassen kann. Vermutlich werden daher die rückwirkende Besoldungserhöhung und die ent-

sprechende Nachzahlung frühestens im Herbst erfolgen. Erschwerend kommt momentan hinzu, dass noch nicht einmal im Tarifbereich die Tarifanpassung erfolgt ist.

Über die weitere Entwicklung werden wir selbstverständlich informieren.

*Mit freundlichen Grüßen  
Dietmar Knecht,  
Landesvorsitzender*



## „Fusion Festival“ in Lärz



Immer vor Ort die DPoIG-Betreuungsteams

Das Musik- und Kulturfestival „Fusion“ in Lärz (Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) ist Geschichte. In Vorbereitung der Fusion gab es Streit zwischen Veranstalter und Genehmigungsbehörde über das Sicherheitskonzept des Veranstalters. Auch das Polizeipräsidium Neubrandenburg räumte Bedenken ein.

Ein erstes Konzept des Vereins Kulturkosmos Müritz e. V. war von den Behörden als unzureichend eingestuft und abgelehnt worden. Entzündet hatte sich der Streit über die Genehmigung an der Forderung des Polizeipräsidiums Neubrandenburg

nach anlassloser Bestreifung und einer Polizeiwache auf dem umzäunten Festivalgelände. Nach Ansicht des Veranstalters würde eine anlasslose Überwachung mit der Freiheit von Kunst und Kultur nicht vereinbar sein. Im Gegen-



Oliver Nawotke mitten im Geschehen

© DPoIG, M-V (4)



zug hatte der Verein von Beginn an eine Wache vor den Toren des Festivals und anlassbezogene Polizeieinsätze angeboten. Beide Seiten hielten an ihren jeweiligen Forderungen fest.

Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier hatte daraufhin eine Einigung in Aussicht gestellt. Er erklärte, es werde weder anlasslose Polizeistreifen noch eine Polizeiwache auf dem umzäunten Festivalgelände geben.

Das Festival hatte im Verlauf der Debatte breite Unterstützung aus Politik und Gesellschaft bekommen. So hatten sich Spitzenpolitiker der Grünen in einem Brief an die Ministerpräsidentin gewandt. Neben der Initiatorin Claudia Müller unterzeichneten unter anderem Annalena Baerbock, Robert Habeck, Cem Özdemir

und Jürgen Trittin den Appell. In dem Schreiben forderten sie unter anderem einen „angemessenen und tragbaren Kompromiss zwischen den Veranstalter\*innen und der Polizei“.

Über 70 000 Menschen feiern alljährlich das Fusion Festival in Lärz, das in der strukturschwachen Region der Mecklenburger Seenplatte fest verankert ist und von den umliegenden Gemeinden unterstützt wird. Und natürlich war die DPoIG mit ihren Betreuungskräften vor Ort, um unsere Kollegen bei tropischen Temperaturen mit dem Nötigsten zu versorgen. Euch gilt ebenso unserer Dank, wie den eingesetzten Kräften, die diese Veranstaltung professionell absicherten. Nicht zu vergessen die Kollegen, die in den Heimatdienststellen zusätzliche Dienste leisteten.



Und selbst zu Hause wurden Vorbereitungen für den Einsatz getroffen, um die Kollegen zu versorgen.



# Tagung des DPoIG-Fachgremiums „Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes“ in Königswinter

Bei schönstem Sommerwetter tagte am 26. Juni 2019 das DPoIG-Fachgremium „Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes“ in Königswinter.

Wie in jedem Jahr traf sich dieses Gremium unter der Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Ralf Kusterer und glich die länderspezifischen Veränderungen bei den Bereitschaftspolizeien ab. Für die DPoIG M-V nahm der Landesvorsitzende Ronald Müller an diesem Treffen teil.

Die Ergebnisse dieser Tagung werden der DPoIG-Bundesleitung als Beratungs- und/oder als Forderungskatalog zur Verfügung gestellt.

Als Schwerpunkte standen diesmal

- > die Entwicklung und Ausstattung mit FEM in den geschlossenen Einheiten,

- > die Organisationsstrukturen der Abteilungen und Einsatzeinheiten und
- > die aktuellen Entwicklungen und Themenschwerpunkte in der taktischen Aus- und Fortbildung auf der Tagesordnung.

Die dabei festgestellten Unterschiede waren in Teilbereichen erheblich. Während zum Beispiel Bereitschaftspolizeien einzelner Bundesländer über einen gewissen Ausstattungsgrad mit ballistischen Schutzwesten der Schutzklassen 3 und 4 in den Einsatzhundertschaften verfügen, ist dies in anderen Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern derzeit überhaupt nicht vorgesehen. Diese und an-

dere erkennbaren Unterschiede spiegeln deutlich die Einsatz-einschätzung der Bereitschaftspolizeien in den jeweiligen ministeriellen Polizeiführungen der einzelnen Bundesländer wider. Für uns als Gewerkschaft ist es nicht nur aus fachlicher Sicht von elementarer Bedeutung, dass die Unterschiede in der Ausstattung und im Ausbildungsstand zwischen den einzelnen Bundesländern so klein wie möglich sind. Sind es doch überwiegend die Einheiten der Bereitschaftspolizeien, die jeweils in andere Bundesländer als Unterstützung entsandt werden.

Es ist auch und vor allem zum Schutze der Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen notwendig, dass auch die Bereitschaftspolizeien mit diesen Schutzmitteln ausgerüstet werden. Somit ist das diesjähri-

ge Ergebnis auch folgerichtig mit der Forderung verbunden: Die Bereitschaftspolizeien der Länder dürfen sich zukünftig nicht mehr weiter in der Ausstattung und in der taktischen Ausrichtung voneinander unterscheiden.

Der Bund muss hier in seiner Verantwortung als finanzieller Hauptlastträger sicherstellen beziehungsweise darauf drängen, dass einheitliche Grundstandards in allen Bereitschaftspolizeien vorhanden sind. Dazu sieht die DPoIG insbesondere in der Ausrüstung mit ballistischen Plattenträgern oder Westen der Schutzklasse 4, mit ballistischen Schutzhelmen und geeigneten Mitteldistanzwaffen einen zum Teil erheblichen Nachholbedarf in einzelnen Ländern.

*Ronald Müller,  
Landesvorsitzender*

## Pressestatement

# Innenminister Lorenz Caffier zu den Exekutivmaßnahmen gegen Mitarbeiter der Landespolizei

**Innenminister Lorenz Caffier:** „Ich möchte Sie anlässlich der aktuellen Exekutivmaßnahmen gegen Mitarbeiter der Landespolizei informieren. Die Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Schwerin dürfte Ihnen bekannt sein. Darauf möchte ich Bezug nehmen. Die Exekutivmaßnahmen sind Ergebnis eigener intensiver und akribischer Ermittlungs-

arbeit des Landeskriminalamtes und der Staatsanwaltschaft Schwerin. Sie haben umfangreiches Datenmaterial aus einem Ermittlungsverfahren des Bundes auf wiederholte Nachfrage zur Verfügung gestellt bekommen und selbst genauestens ausgewertet, sodass ein eigenes Ermittlungsverfahren eröffnet und die heutigen Vollstreckungs-

maßnahmen ermöglicht werden konnten.

Ich bin über das, was hier als Vorwurf im Raum steht, zutiefst erschüttert und fassungslos. Beamte des SE genießen ein besonderes Vertrauen, weil sie oftmals ihre Gesundheit und ihr Leben für unsere Sicherheit riskieren müssen. Deshalb trifft mich



> Lorenz Caffier

dieses Verhalten besonders hart, da diese Mitarbeiter dieses Vertrauen sowohl gegenüber der Öffentlichkeit als auch gegenüber der Landespolizei und ihren Kollegen erheblich missbrauchten, indem sie



offensichtlich schwer gegen Dienstpflichten und Gesetze verstoßen haben. Ich möchte aber betonen: Das ist nicht die Landespolizei. Ich bin daher dankbar und zuversichtlich, dass wir, das Landeskriminalamt und die Justiz gemeinsam, die Vorfälle lückenlos aufklären werden. Ich bin allen, die dieses Vertrauen genießen und die täglich gewissenhaft ihren Dienst in der Landespolizei

verrichten, gegenüber verpflichtet, sie vor möglichen ungerechtfertigten Vorwürfen zu schützen und werde daher eine strukturelle und personelle Überprüfung dieser Dienst-einheit veranlassen, um jeglichen Anschein und Unterstellungen einer Verstrickung auszuräumen.

Um es deutlich zu sagen: Derartige Verhalten und derar-

tige Umtriebe werde ich nicht dulden. Den von den Maßnahmen betroffenen Beamten wird daher mit sofortiger Wirkung das Verbot des Führens der Dienstgeschäfte ausgesprochen. Das bedeutet, sie sind suspendiert mit dem Ziel, sie aus dem Dienst der Polizei zu entlassen.

Ich habe beim Vorsitzenden des Innenausschusses ange-

regt, in der nächsten Sitzung über die Vorfälle zu informieren und zu diesem Termin auch die Justiz einzuladen.

Bitte haben Sie Verständnis, dass ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch mit Blick auf die Vorbehalte der sachleitenden Staatsanwaltschaft auf Nachfragen nicht eingehen kann und werde.

## Spendentour für einen guten Zweck

Auf ihrer Tour, die durch alle Landeshauptstädte Deutschlands führt, konnte dbb Landeschef Dietmar Knecht gemeinsam mit dem DPoIG-Landesvorsitzenden Ronald Müller die motivierten Bikerinnen und Biker am Nachmittag des 12. Juni auf dem Bertha-Klingberg-Platz herzlich empfangen.

Die Tagesetappe der Tour begann in der Nähe von Wittstock und führte über Parchim nach Schwerin. Seit dem Start in Dresden wurden bereits 784 km zurückgelegt. Etwa 1 700 km sind noch bis zum

Endpunkt München zu absolvieren.

Die DPoIG-Stiftung hilft verletzten und traumatisierten Angehörigen von Polizei, Strafvollzug und Feuerwehr unabhängig von einer etwaigen Gewerkschaftszugehörigkeit. Mit der Spendentour wird auf die Stiftung in sportlicher Weise aufmerksam gemacht.

Die DPoIG-Stiftung finanziert sich aus Spenden, Bußgeldzuwendungen und Vermächtnissen. Vier Hamburger Polizeiangehörige und Mitglieder der DPoIG werden von zwei weite-



> LV Ronald Müller übergibt einen Scheck an die Tourteilnehmer.



> Auch Oliver Nawotke leistete seinen eigenen Beitrag zum Gelingen der Spendentour.

ren Kollegen im Fahrzeug begleitet und fahren mit dem Rad alle sechzehn deutschen Landeshauptstädte an. Den einzelnen Etappen schließen sich Kolleginnen und Kollegen vor Ort an, um für diese gute Sache zu werben.



> Gemeinsames Foto vor dem Schweriner Schloss

### Geburtstage in den Monaten Juli und August 2019

Der Landesvorstand und die Kreisverbände der DPoIG Mecklenburg-Vorpommern gratulieren allen in den Monaten Juli und August geborenen Kolleginnen und Kollegen und wünschen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Erfolg für die weitere Zukunft. Gleichzeitig bedanken wir uns für das vertrauensvolle Miteinander und freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

**Einen runden Geburtstag feierten im Monat Juli:**

**Pascale Schady, Karl Beynio, Annett Busch**

**Im Monat August begehen:**

**Enrico Stobbe, Klaus Sieppert, Frank Schulze, Stefan Schwarz, Wolfgang Wilke, Kai Schliereke ein rundes Jubiläum**

**Der Landesvorstand und die Kreisverbände gratulieren ganz herzlich.**

### > Fachtagung

## 6. Frauenpolitische Fachtagung im dbb forum

Die DPoIG-Gleichstellungsbeauftragten des Bundes und mehrerer Länder trafen sich auf der diesjährigen Frauenpolitischen Fachtagung in Berlin. Expertinnen aus der Politik, der Wissenschaft und dem Rechtswesen referierten über Themen wie flexible Arbeitsformen, den gleichberechtigten Zugang zu finanziellen Ressourcen und den „Gender Pay Gap“ beziehungsweise „Pension Gap“.

Auch 100 Jahre nach Einführung des Wahlrechts bestehen immer noch deutliche geschlechtsspezifische Ungleichheiten in Bezug auf das passive Wahlrecht, den Frauenanteil in der Politik und die wirtschaftliche sowie politische Einflussnahme insgesamt.

*Die DPoIG-Vertreterinnen aus Bund und Ländern*